

München, 15.12.2015

Hälfte der Tierheime vor Insolvenz: Staatsregierung muss endlich handeln!

Tierschutzpolitischer Sprecher Woerlein: Städte und Gemeinden werden mit dem Finanzierungsproblem allein gelassen

Gut die Hälfte der bayerischen Tierheime steht vor dem Aus: Für den tierschutzpolitischen Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion **Herbert Woerlein** ist das ein Skandal, an dem die bayerische Staatsregierung Mitschuld hat. "Es kann nicht sein, dass die Städte und Gemeinden mit ihren Tierschutzvereinen an allen Ecken und Enden sparen müssen, es oft trotzdem nicht reicht - und die Staatsregierung sich hier einen schlanken Fuß macht!", wettert Woerlein. "Es muss Aufgabe der Regierung sein, die Kommunen hier zu unterstützen und Investitionskostenzuschüsse für die Tierheime zu leisten - wie es zum Beispiel andere, finanziell weit schlechter gestellte Bundesländer längst vormachen."

Der SPD-Tierschutzexperte fordert eine einheitliche und solide Finanzierung der Tierschutzeinrichtungen und Vereine. "Gerade jetzt nach Weihnachten werden die Tierheime wieder an ihre Grenzen kommen, weil viele fellige 'Weihnachtsgeschenke' dann doch nicht erwünscht sind. Die Tierheime und die Städte und Gemeinden dürfen damit nicht alleine gelassen werden. Wenn die Finanzierung durch die Staatsregierung steht, haben viele Kommunen auch wieder Luft, um zu überlegen, ob sie Teile der Hundesteuer für die Tierheime zweckgebunden ausgeben wollen."



Bei seinem Besuch im Münchner Tierheim hat sich Herbert Woerlein auch schon selbst überzeugen können, wie wichtig ein solide finanzierter Tierschutz in Bayern ist [Download: Foto in hoher Auflösung](#) (Nutzung kostenfrei)